

28.02.2013

## Entschließungsantrag

der Fraktion der FDP

zum Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piraten  
„Schienenproduktion in Duisburg erhalten – Landtag Nordrhein-Westfalen erklärt Solidarität  
mit den Beschäftigten der TSTG Schienen Technik GmbH & Co. KG Duisburg“  
Drucksache 16/2132

**Perspektiven für den Erhalt von Arbeitsplätzen in der Schienenproduktion in Duisburg  
eruiieren - Standortbedingungen für die Industrie in NRW verbessern**

### I. Ausgangslage

Vor knapp einem Jahr hat der Aufsichtsrat der Voestalpine AG entschieden, die Produktion der TSTG Schienen Technik GmbH & Co KG in Duisburg einzustellen. Das Unternehmen wurde 2001 von ThyssenKrupp an den österreichischen Stahlkonzern Voestalpine AG verkauft. Die vom Mutterkonzern angedachte Schließung Ende 2012 konnte jedoch bereits einmal abgewehrt werden, indem es dem Duisburger Konzern gelungen ist, einen Großauftrag der Deutschen Bahn zu erhalten. Nun soll laut Zeitungsmeldungen die Schließung Ende dieses Jahres erfolgen.

Das Duisburger Werk hatte zuletzt einen Umsatz von mehr als 250 Mio. Euro erzielt. Eine Schließung würde nicht nur die rund 400 Mitarbeiter betreffen, sondern würde sich auch auf Umsatz und Produktion anderer ansässiger Unternehmen im Ruhrgebiet negativ auswirken. Die Belegschaft des Duisburger Werkes kämpft um den Erhalt der Arbeitsplätze und den Verbleib der Schienenproduktion am Standort Duisburg.

Mit Blick auf die bestehenden Arbeitsplätze und den Erhalt des wichtigen industriestrategischen Know-hows gehört es zur Aufgabe der nordrhein-westfälischen Wirtschaftsförderung, im Gespräch mit den Beschäftigten, dem Eigentümer und der Geschäftsführung der TSTG Schienen Technik GmbH & Co KG Perspektiven für das Unternehmen und den Verbleib der Schienenproduktion in Duisburg zu erörtern. Hierbei gilt es insbesondere zu klären, in wel-

Datum des Originals: 28.02.2013/Ausgegeben: 28.02.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

cher Weise die Voestalpine AG bereit ist, das Werk an einen anderen Eigentümer zu verkaufen.

Eine betriebswirtschaftliche Bewertung der Wirtschaftlichkeit des Werkes und der Verkaufsperspektiven des Unternehmens durch das Land Nordrhein-Westfalen schließt sich allerdings aus, weil dem Landtag sowie der Landesregierung hierzu keine rechtliche Handhabe zur Verfügung steht und dies auch nicht Aufgabe der Politik ist. Wer den Eindruck verbreitet, der Landtag von Nordrhein-Westfalen könne den Erhalt einzelner Produktionsstandorte gewährleisten, der schafft bei den Beschäftigten Erwartungen, die gar nicht erfüllt werden können.

Der Gesetzgeber kann sich aus den in der Öffentlichkeit verbreiteten Analysen und Stellungnahmen über die Wirtschaftlichkeit der Schienenproduktion keine abschließende und schon gar keine rechtsverbindliche Meinung bilden. Insoweit obliegt es der Landesregierung lediglich, über eine moderierende Gesprächsbereitschaft zu signalisieren, dass ihr am Erhalt des Werkes in Duisburg gelegen ist. Diese Chance sollte die Landesregierung unbedingt wahrnehmen. Die Fortführung des Werkbetriebes könnte seitens der Landesregierung unterstützt werden, indem der Eigentümer Voestalpine AG davon überzeugt wird, neue Investoren für das Unternehmen zu suchen.

So wünschenswert der Erhalt der Arbeitsplätze in Duisburg auch ist, hat sich in der Vergangenheit auch bei anderen Unternehmen gezeigt, dass die Gewährung von Subventionen an Großindustrie oder Großunternehmen keine nachhaltigen positiven Wirkungen entfalten kann. Die Politik muss sich an dieser Stelle neutral um die Verbesserung der Standort- und Rahmenbedingungen bemühen.

Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft ist es, dass die Politik nicht einseitig in den Wettbewerb eingreift, einzelne Unternehmen in besonderer Weise unterstützt und alle anderen Unternehmen zugleich diskriminiert. Die Wohlstandsentwicklung der vergangenen Jahrzehnte beruht auf einer solchen wettbewerbsneutralen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik.

Die Industrie ist eine tragende Säule der deutschen Wirtschaft. Dies hat sich während der Wirtschafts- und Finanzkrise wieder gezeigt. Die Sicherung des Industriestandorts NRW zählt deshalb zu den wichtigsten Aufgaben der Landespolitik.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung und die sie tragenden Parteien von SPD und Grüne haben in den vergangenen zweieinhalb Jahren durch verschiedene politische Fehlentscheidungen allerdings dazu beigetragen, dass sich die Wettbewerbschancen der Industrie verschlechtert haben und die notwendige Planungs- und Investitionssicherheit sowie die gesellschaftliche und politische Akzeptanz für Investitionen in Industrieprojekte zurückgeht. Dazu gehören komplizierte Genehmigungsverfahren, überzogene und damit wettbewerbsverzerrende Vorschriften, Umwelt- und Klimaschutzstandards. Das von SPD und Grüne beschlossene Klimaschutzgesetz und der in diesem Jahr zu beratene Klimaschutzplan führen dazu, dass sich Investoren mit Blick auf fehlende Planungssicherheit bewusst gegen den Standort Nordrhein-Westfalen entscheiden.

Zum Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der NRW-Wirtschaft muss die Landesregierung umsteuern und auf alle Maßnahmen verzichten, die die Unternehmen über europa- und bundesrechtliche Vorgaben hinaus mit Vorschriften, Steuern und überzogenen Standards belastet. Dazu gehören zum Beispiel ein Verzicht auf die erneute Erhöhung des Wasserentnahmeentgelts und ein klares Nein zur Rohstoffabgabe. Für große Teile der nordrhein-westfälischen Industrie werden die steigenden Energiekosten zunehmend zu einer

Belastung. Insbesondere die Stromversorgung muss sich künftig stärker nach den Prinzipien von Markt und Wettbewerb richten, um steigende Energiekosten in den Griff zu bekommen.

## II. Beschlussfassung

1. Der Landtag begrüßt es, wenn die Schienenproduktion, die damit verbundenen Arbeitsplätze und das technische Know-how am Standort Duisburg erhalten werden könnten.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, mit allen Betroffenen Gespräche zu führen und die Möglichkeiten eines Verbleibs der Schienenproduktion in Duisburg zu erörtern.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auf neue regulatorische Eingriffe zu verzichten, Genehmigungsprozesse zu beschleunigen und die Rahmenbedingungen für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen zu verbessern.

Christian Lindner  
Christof Rasche  
Dr. Gerhard Papke  
Dietmar Brockes  
Ralph Bombis  
Holger Ellerbrock

und Fraktion